

Arbeiter-Zeitung

Montag, 24. Dezember 1929

10. Jahrg. Nummer 301

Erst- und tägliche Ausgabe des Morgens. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 12 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,50 M., unter Streifenband 3,00 M. Kassenpreis: Die gebundene Mitteilungszeitung über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsbefehle 6 Pf., Neillanpreis: Die gebundene Mitteilungszeitung über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Annahme lt. des Haupt-Expeditions 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der K.P.D., Sektion der 3. Internationale
 Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
 Begründet von Bernhard Spottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Breslau 10, Kreuzhöfische Straße 20, Telephon 38039. Vertikale Druckerei: Breslau 644, Rebalitzer Straße 60, Telephon 2384. Druckerei der Redaktion: Breslau 12-13, Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Wilmishof, Wilmishofstraße 24, Telephon 40511. — Freitag: Bunte G., Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8-18 Uhr. Vertrieb: Hand am Hauptverlag Breslau. — Verlag: Köln, Verlagsgesellschaft m.b.H. Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzhöfische Str. 10.

Offener Brief des ERKZ. an die KPD. über die rechte Gefahr in der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 19. Dezember fand eine Sitzung des Präsidiums des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale statt, in der die Lage in der KPD. behandelt wurde. An der Diskussion nahmen die Genossen Stalin, Molotow, Kuusinen, Gussow, Ubricht und andere teil. Es wurde folgender Offener Brief an die KPD. angenommen.

An alle Mitglieder der K.P. Deutschlands! Genossen!

Seit der deutschen Revolution des Jahres 1923 hat die Fraktionslosigkeit der rechten opportunistischen Elemente in der Kommunistischen Partei Deutschlands, insbesondere der Anhänger Brandlers, die nach wie vor auf ihrer Linie bestanden, niemals gänzlich aufgehört. Diese falsche Linie kommt ständig in einer

Kapitulationspolitik Brandlers gegenüber der Bourgeoisie

kapitulationspolitischen Linie mit den Sozialdemokraten zum Ausdruck. Selbst haben die Rechten nicht die Hoffnung aufgegeben, wieder zur Führung der Partei zu gelangen und deren Politik zu ändern, wobei ihre Fraktionslosigkeit zeitweilig nachließ, zeitweilig jedoch von neuem auslebte und sich verstärkte.

Das fünfte Plenum des ERKZ (März-April 1925) hat in seiner Resolution über die Fraktionslosigkeit Nabels, Brandlers und Thalheimers konstatiert, daß „in der K.P.D. eine organisierte Fraktion besteht, zu deren Bestand mehrere innerparteiliche Gruppen sowie eine Gruppe von Mitgliedern der A.P.S.U. (Brandler, Thalheimer, Nadel u. a.) gehören, die eine fraktionelle Arbeit auf der Grundlage einer in einer Reihe von Briefen und Dokumenten zum Ausdruck gekommenen politischen Plattform betreibt.“

Das Plenum erteilte Brandler, Thalheimer und Nadel u. a. eine strenge Rüge und erklärte, daß „sie sich durch weitere Fortsetzung ihrer Fraktionsarbeit unvermeidlich außerhalb der Reihen der K.P.D. stellen.“

Vor dem Offener Parteitag im Jahre 1927 erfuhr die Fraktionslosigkeit der Anhänger Brandlers erneut eine Belebung. Auf dem Parteitag versuchten sie, die Anschauungen Brandlers durchzusetzen, die dieser in einem noch vor dem Parteitag verfaßten (jedoch erst Anfang 1928 veröffentlichten) Artikel über „das Aktionsprogramm“ dargelegt hatte. Die opportunistische Auslegung der Lösung „Produktionskontrolle“, die von den Rechten vorgeschlagen wurde, wurde vom Parteitag abgelehnt. Der Parteitag hob die opportunistischen Fehler der Brandler-Gruppe in der Frage der Arbeiterregierung hervor, die von ihr als Übergangsstufe von der bürgerlichen Diktatur zur proletarischen Diktatur betrachtet wird, sowie in der Auslegung der Einheitsfrontpolitik als eines Blocks mit der Sozialdemokratie. Fehler, die zu unzulässigen Verpflichtungen gegenüber den linken Sozialdemokraten und zum Verzicht der Kommunistischen Partei auf eine selbständige Politik geführt hätten.

Die nächste Etappe der Fraktionsarbeit der rechten Fraktion hängt mit dem IX. Plenum (Februar-März 1928) und mit dem IV. Kongress der K.P.Z. (März-April 1928) zusammen. Die rechten Elemente der K.P.D. u. a. auch die Anhänger Brandlers, erklärten den Beschlüssen des IV. Kongresses der K.P.Z. offen den Kampf und schlossen sich auf Grund dieses Kampfes enger als zuvor zusammen. Sie begangen offen eine Fraktionslosigkeit zu entfalten, führten einen Angriff gegen die gesamte Linie des ERKZ. der K.P.D. und machten sich an die Ausarbeitung einer eigenen politischen Plattform, deren ursprüngliche Entwürfe in verschiedenen fraktionellen Dokumenten enthalten waren.

Der Fall Wittorf bot den Rechten einen erwünschten Anlaß, um zu versuchen, ihr fraktionelles Vorhaben zu verwirklichen und die Führung der Partei an sich zu reißen, um die von Weltkongress der Komintern festgesetzte politische Linie der Partei zu ändern. Das Präsidium der Komintern hat in seiner Resolution vom 6. Oktober darauf hingewiesen, daß die Rechten „beabsichtigen, den Fall Wittorf in ihrem fraktionellen Gruppeninteresse auszunutzen gegen Genossen Thalmann als einen hervorragenden Vertreter der Linie des VI. Weltkongresses, wobei sie streben, eine Veränderung der Parteiführung herbeizuführen und auf diese Weise die Durchführung des vom VI. Kongress der K.P.Z. angenommenen politischen Kurses in der K.P.D. zu hintertreiben. (Ein Beispiel einer der unzulässigen Fraktionslosigkeit liefert die Rede des Vertreters der K.P.D. auf dem Plenum des ERKZ. vom 26. September).“

Auf die Resolution des Präsidiums des ERKZ. vom 6. Oktober antworteten die Rechten mit schärfsten fraktionellen Ausfällen. Dieser Beschluß „droht“, ihrer Meinung nach, nicht nur die deutsche Partei, sondern auch die Komintern zugrunde zu richten. (Schreiben Thalheimers, Walschers, Schreiners, Nagels, Köhlers, Paul Frölich und August Eberles.) In ganz gleicher Art sprechen auch andere Dokumente der Rechten von dieser Resolution des Präsidiums des ERKZ. Die Rechten weigerten sich, diese Resolution anzuerkennen, und forderten vom ERKZ. die sofortige Aufhebung dieses Beschlusses. (Schreiben Thalheimers u. a., sowie Erklärungen der Kandidaten des ERKZ., Galm und Hausen, im ERKZ. der K.P.D.)

Dieser fraktionelle Vorstoß gegen die Resolution des ERKZ. vom 6. Oktober wurde für die Rechten zum Ausgangspunkt für die ganz offene organisierte Bildung ihrer Fraktion.

Die Hauptführer der Fraktion sind die früheren Mitglieder der K.P.D. und gegenwärtigen Mitglieder der A.P.S.U.: Brandler und Thalheimer.

Bekanntlich haben Brandler und Thalheimer (1923) eine Reihe von allerhöchsten Fehlern begangen. Die Empörung der Parteimitglieder der K.P.D. war nach den Ereignissen von 1923 so groß, daß Brandler und Thalheimer schon damals nahe daran waren, aus der kommunistischen Bewegung hinauszugeraten. Doch haben das ERKZ. und das ERKZ. der K.P.D., von der Übernahme geleitet, daß Brandler und Thalheimer ihre opportunistischen Tendenzen überwinden werden, ihnen eine letzte Möglichkeit zur Besserung eingeräumt und sie in die A.P.S.U. übernommen.

Wie die letzten Ereignisse in der K.P.D. zeigen, haben sich

Brandler und Thalheimer als politisch unverbesserlich erwiesen

Sie haben sich während der Jahre 1926-27 systematisch geweigert, ihre Hauptfehler vorbehaltslos einzugestehen, und haben diese Weigerung in allerletzter Zeit öffentlich bekräftigt. Brandler erklärte dies in seiner Rede in Offenbach in der gemeinsamen Versammlung der Parteimitglieder und der kommunistischen Fraktion der Frankfurter Studentenschaft im November 1928. Brandler und Thalheimer begannen (November 1928) Fraktionsversammlungen in Berlin, Chemnitz, Offenbach und anderen Städten zu veranstalten und auch in Parteiverfammlungen als Fraktionsredner aufzutreten. Ihr Anhänger, der Kandidat des ERKZ., Galm, verwendete das früher als Parteiorgan in Offenbach erschienene „Vollrecht“ in ein Fraktionsblatt, ein anderer ihrer Anhänger, der Kandidat des ERKZ., Hausen, gab einen Offenen Brief an die Mitglieder der Breslauer Bezirksorganisation heraus, der durchwegs aus fraktionellen Ausfällen gegen das ERKZ. und die Komintern besteht. Der gleiche Hausen begann etwas später als verantwortlicher Redakteur die Fraktionszeitung „Gegen den Strom“ (Mitteilungsblatt der Opposition) herauszugeben. Diese Zeitung, ebenso wie das andere Fraktionsmaterial (Rundschreiben, Briefe usw.) wurden sämtlichen Organisationen zugeleitet und öffentlich verbreitet.

Hausen hat in der vom Präsidium des ERKZ. zur Behandlung dieses Falles eingesetzten Kommission (am 27. November 1928) das Bestehen einer rechten Fraktion in der K.P.D. offen eingestanden. Er gestand, daß diese Fraktion ihre eigene noch nicht zu einem einheitlichen Dokument zusammengefaßte politische Plattform besitzt, erklärte, daß er in letzter Zeit, besonders vor Sitzungen des ERKZ., mehrmals Ausreden mit Thalheimer hatte, und vor seiner Abreise nach Moskau mit Brandler zusammen war, um mit ihm die Notwendigkeit einer endgültigen Formulierung der politischen Plattform der Fraktion zum bevorstehenden Parteitag zu besprechen.

In der Sitzung derselben Kommission (am 8. November 1928) versuchte Galm das Bestehen der rechten Fraktion und seine Teilnahme an ihrer Arbeit zu leugnen. Nicht zu widerlegen vermochte er jedoch erstens den fraktionellen Charakter der Arbeit der von ihm geleiteten Parteiorganisation in Offenbach, wo Brandler auf Einladung Galm's zwei fraktionelle Referate hielt und zweitens den fraktionellen Charakter der von Galm geleiteten Zeitung „Das Volksrecht“, in der das Referat und die

Erklärungen Brandlers abgedruckt waren und ein Fraktionskampf gegen die K.P.D. geführt wird.

Auf diese Weise ist vollkommen einwandfrei festgestellt, daß innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands gegenwärtig eine regelrechte Fraktion der Rechten besteht, die eine zentrale Führung hat und eine politische Plattform besitzt und die bei ihrem Vorgehen Fraktionsdisziplin übt.

Die politische Plattform dieser Fraktion ist laut Erklärung Hausens im Aktionsprogramm Brandlers dargelegt und in Artikeln der ersten Nummer der Zeitschrift „Gegen den Strom“, im „Vollrecht“ sowie auch in Fraktionsdokumenten der Führer der rechten Fraktion konkretisiert.

Das Aktionsprogramm Brandlers ist ein durchaus typisches Produkt menschewistischer Denkweise

Es versucht, unter der Flagge des Kampfes des Proletariats um die Macht, durch die scheinrevolutionäre Lösung der „Produktionskontrolle im gegenwärtigen Augenblick“, die sozialdemokratische Lösung der „Wirtschaftsdemokratie“ einzuschmuggeln. Bekanntlich wurde die Lösung „Produktionskontrolle im gegenwärtigen Augenblick“, in einem Augenblick, in dem eine unmittelbare revolutionäre Lage nicht vorhanden ist und die bürgerliche Staatsgewalt fortbesteht, vom VI. Weltkongress der Komintern als eine der Neuerungen einer rechten Abweichung verworfen.

Die rechte Fraktion entsteht in opportunistischer Weise die revolutionären Übergangslösungen der Periode, die durch eine unmittelbar revolutionäre Situation gekennzeichnet ist. Die revolutionäre Lösung „Produktionskontrolle“ wird von ihr in opportunistischem Geiste ausgelegt und in die reformistische Lösung „Wirtschaftsdemokratie“ verwandelt. Sie glaubt, daß diese Lösung als „Etappe“ zur Diktatur des Proletariats verwirklicht werden könne ohne den Sturz der Macht des Kapitals, ohne die Bewaffnung des Proletariats, ohne die Räte und ohne die revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, die nichts anderes sein kann als die Diktatur des Proletariats.

Das ist der Bruch mit dem Leninismus

Nach dem Vorbild der Sozialdemokraten landen die Rechten beim Verzicht auf den Kampf für die Räte und bekräftigen damit die Tatsache, daß sie die Arbeiter- und Bauernregierung nicht als Rätemacht, sondern als Synonym einer auf dem Block der Kommunisten und Sozialdemokraten beruhenden Regierung aufzufassen.

Die vom IV. Kongress der K.P.Z. und vom VI. Kongress der Komintern ausgearbeitete Strategie führt nach Meinung der Rechten zur Spaltung zwischen den organisierten und unorganisierten Arbeitern, zur Spaltung der Gewerkschaften und zur Liquidierung des Einflusses in den Gewerkschaften, zur völligen Liquidierung der Partei von den Arbeitern und zu ihrer Isolierung. Dieser Kurs bedeutet nach Meinung der Rechten eine neue, keineswegs verbesserte Auflage der Moskauer und Ruthenischer Politik. „Seinen Folgen nach ist dieser Weg konterrevolutionär“ („Gegen den Strom“, Seite 5, Artikel „Kampf im Ruhrgebiet“). Die rechte Fraktion führt somit den Kampf gegen die Leninische Einheitsfrontpolitik als eine revolutionäre Methode zur Mobilisierung und Organisierung der Massen. Sie erhebt die an die Massen gerichtete Lösung: „Vertreibung der Gewerkschaftsbürokraten von ihrem Posten!“ durch einen Appell an die reformistischen Führer, wobei sie die Illusion verbreitet, als wären die reformistischen Führer imstande, die Arbeiter im Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Das bedeutet den

Verzicht auf konsequente Bekämpfung des Reformismus

den Verzicht auf die führende Rolle der Partei in den Wirtschaftskämpfen des Proletariats.

Diese grundlegenden Thesen der politischen Plattform der rechten Fraktion finden ihre Vollendung in den Erklärungen der Rechten über die „Produktionskontrolle“ in eine unkontrollierte, ideale und teilweise auch materielle Kontrolle

„Bürokratie“ (Stal aus der Erklärung Hausen und Galm) In dem Fraktionsdokument vom 27. November der von Hausen, Steffen und anderen unterschriebenen „Erklärung zu den Beschlüssen des VI. Kongresses“ ist noch folgende Behauptung enthalten:

„Der Kongress hat den Weg der ultralinken Liquidation der richtigen kommunistischen Linie beschritten.“

Hausen, Steffen und die anderen schließen ihre Erklärung mit den Worten:

„Die Unterzeichneten lehnen infolgedessen jene Beschlüsse des VI. Weltkongresses ab, die den falschen ultralinken Kurs recht fertigen und unterstützen.“

Die natürliche Folgerung, die die Mitglieder der rechten Fraktion aus den grundlegenden Thesen ihrer politischen Plattform ziehen, ist die Nichtanerkennung der Beschlüsse des IV. Kongresses der KÖZ, sowie des VI. Kongresses der Komintern und der Kampf gegen diese Beschlüsse, für die Revision dieser Beschlüsse. Durch diese Erklärungen beschreiben die Rechten den Weg des offenen und direkten Bruches mit der KÖZ, und der Komintern.

Andererseits kommt die Annäherung der politischen Plattform der rechten Fraktion an die Anschauungen der Sozialdemokratie mit jedem Tage klarer zum Vorschein. Es führt nicht allein die Lösung der Produktionskontrolle ohne eine unmittelbar revolutionäre Situation und bei Fortbestehen der Macht des Kapitalismus im Grunde genommen zur sozialdemokratischen Politik der „Wirtschaftsdemokratie“ — daselbst gilt auch von all den Erklärungen der politischen Plattform der Rechten über die Trennung der unorganisierten Arbeiter von den organisierten, über die Spaltung der Gewerkschaften usw., was angeblich die Beschlüsse des IV. Kongresses der KÖZ, und des VI. Kongresses der Komintern mit sich bringen sollen, dies sind Wiederholungen gleichlautender Behauptungen der Sozialdemokraten. Auch in den Beschuldigungen, die aus Ungehörigkeit des Beschlusses vom 6. Oktober gegen das ZK der KPD, und gegen das ERKZ gerichtet wurden, wird die Grenze zwischen der rechten Fraktion und der Sozialdemokratie nur noch weiter verwischt.

So haben sich Brandler, Thalheimer sowie andere Führer der rechten Fraktion sowohl durch ihre politische Plattform, als auch durch ihre fraktionellen Handlungen als echte linkssozialdemokratische Politikanten entpuppt. Objektiv werden sie zu einem

Werkzeug der Reformisten, zu einer Agentur des Reformismus in der kommunistischen Partei

Die Rechten lehnen nicht nur die Beschlüsse des IV. Kongresses der KÖZ, und des VI. Kongresses der Komintern ab, sie weigern sich nicht nur, sich diesen Beschlüssen zu fügen, sondern sie beginnen in letzter Zeit mit einer aktiven Arbeit gegen deren praktische Durchführung, mit Versuchen der Sabotage und Durchkreuzung der politischen Aktionen der Partei, die auf Verwirklichung dieser Beschlüsse gerichtet sind. Schon während der Fangerkämpferkampagne haben sie den größten Schaden dadurch angerichtet, daß sie diese Kampagne untergruben, indem sie den Fall Wittors zur Verschärfung des Fraktionskampfes gegen das ZK der KPD, zum Anlaß nahmen.

Witten im Feuer des Ruhrkampfes, eines Kampfes, in dem unsere Partei zum ersten Male durch die Anwendung der neuen Streikstrategie imstande war, mehr als 100 000 Arbeiter zu den Kampfstellungen zu sammeln, die über die Köpfe der Gewerkschaftsbürokraten hinweg von den Arbeitern gewählt worden waren, gingen die Rechten soweit, daß sie offen gegen die Beschlüsse und die Taktik der Partei auftraten und auf diese Weise faktisch die Reformisten unterstützten.

Die Rechten wiederholen nicht nur ihre üblichen verlogenen Beschuldigungen gegen die Streikstrategie und verfeigen sich dabei zur Behauptung, daß diese Taktik in ihren Folgen konterrevolutionär sei, sondern sie versuchen restlos, sämtliche praktischen Schritte der Partei und der Kampfleitungen im Ruhrgebiet mit Schmutz zu bewerfen.

Die Rechten wiederholen die verleumderischen Hirngespinnne der Sozialdemokraten über die Tätigkeit der Kampfleitungen und unserer Partei im Ruhrgebiet und insportieren den Klatsch, daß die Parteipresse benutzt falsche Nachrichten über die wirkliche Lage und den wirklichen Umfang des Kampfes im Ruhrgebiet verbreite.

Die Rechten treten nicht nur gegen die Organisierung von Kampfleitungen auf, sondern sie verhöhnern geradezu die Forderungen der Partei und der Arbeiter. Sie unterstützen die Bestrebungen der Sozialdemokraten, die Arbeiter vom Kampf um ihre Forderungen durch pseudorealistische Lösungen (Beschlagnahme der Güter der Unternehmer) abzulenken und der Ausbeutung des Kampfes gegen das Trustkapital und die Reaktionsregierung sowie der Vertiefung dieses Kampfes in einen politischen Kampf entgegenzuwirken.

Die politische Plattform der Rechten und auch ihre konkreten Handlungen zeigen, wohin sich die rechte Fraktion in der KPD, entwickelt. Die Bildung einer neuen opportunistischen Partei innerhalb der kommunistischen Partei, die Spaltung der kommunistischen Partei und die Konzentration der Rechten aus der kommunistischen Partei und der linken Sozialdemokraten, der

Blut dieser opportunistischen Konzentration mit der Sozialdemokratischen Partei

— das sind die drei Hauptetappen auf dem Wege von der Komintern zur II. Internationale, einem Wege, auf dem die halbtoten gemordeten Führer der rechten Fraktion jetzt geraten.

Brandler und Thalheimer tragen sich mit der Absicht der Gründung eines „Spartakusbundes“, sie wollen dabei die Namen der Spartakuskämpfer und den Namen Rosa Luxemburgs für ihr opportunistisches Tun und Treiben ausnützen. In der Geschichte der Komintern hat es wiederholt Fälle gegeben, in denen Elemente, die auf dem Weg von Renegaten geraten sind, mit dem Namen von Revolutionären Mißbräuch trieben. Paul Levi trieb mit dem Namen Rosa Luxemburgs Mißbräuch, Urbahns, Maslow, Trocki trieben mit dem Namen Lenins Mißbräuch. Nunmehr wenden Brandler und Thalheimer die gleichen Methoden an.

Aber dieser Versuch wird ebenso unvermeidlich mit einem Scheitern enden, wie alle früheren Versuche. Die revolutionären Verbände des Spartakusbundes sind Aktionsposten der kommunistischen Partei Deutschlands. Tausende Spartak-

ausente haben in den Reihen der KPD gekämpft, kämpften und werden dort kämpfen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die neue Partei, die Brandler und Thalheimer zu gründen versuchen, keinen echten revolutionären Spartakusbund gewinnen wird.

Zwischen der Partei und der rechten Fraktion hat sich eine derartige Kluft gebildet, daß von einer „Versöhnung“ zwischen ihnen im gegenwärtigen Moment schon keine Rede mehr sein kann.

Für das Versöhnertum ist in der KPD. gegenwärtig kein Platz mehr

Es ist die Zeit gekommen, wo man die Wahl treffen muß zwischen der Partei und der rechten Fraktion. Entweder die Partei oder die rechte Fraktion — so steht jetzt die Frage. Eine versöhnlerische Haltung zur Rechten bedeutet im gegenwärtigen Moment nicht nur den Verzicht auf den Kampf gegen die Rechten und ihre Spaltungsarbeit, sondern auch die Unterstützung der Rechten gegen die Partei.

Die Praxis bestätigt das unumkehrbar. Gerade dort, wo die Versöhnler stark waren (Halle-Merseburg und Leipzig) blieb die Partei auf die größten Hindernisse im Kampf gegen die Rechten, und die Rechten behaupten dort ihre Positionen. Die Rechten verlieren jedoch in ihren eigenen Hochburgen (Wreslau) rasch an Einfluß, da dort die Versöhnler schwach sind.

Die dubiose Haltung gegenüber den Rechten bringt in der gegenwärtigen Situation der KPD. unvermeidlich ein

zweideutiges Verhalten der Versöhnler gegenüber der Partei

mit sich; denn die dubiose Haltung gegenüber den Rechten bedeutet eigentlich, daß die Versöhnler angesichts der dringenden Notwendigkeit, zwischen der Partei und der rechten Fraktion zu wählen, hin und her schwanken und nicht selten auf die Seite der Rechten neigen.

Wir sehen in der Tat, daß die Versöhnler in den letzten zwei Monaten immer dubioser gegenüber den Rechten und immer undußamer gegenüber der Partei werden. Sie üben keinerlei konkrete Kritik an den Anschauungen und Handlungen der rechten Fraktion. Gleichzeitig aber werden ihre Ausfälle gegen die Partei immer schärfer und nähern sich der aus den Reihen der Rechten kommenden Kritik. Kennzeichnend ist in dieser Hinsicht die von den Versöhnlern dem Polbüro der KPD. unterbreitete politische Plattform, die von Ewert, Eberlein, Dietrich, Karl Beder, S. Schröder, S. Schumann, Kurt unterzeichnet ist („Ueber die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Kongresses“), und in der die Lösung des VI. Weltkongresses: Kampf nach zwei Fronten, gegen die Rechten und gegen die „Linken“ erlegt wird durch eine neue Lösung: „Kampf nach zwei Fronten, sowohl gegen die Rechten als auch gegen den innerparteilichen Kurs des ZK der KPD.“ Der vom VI. Kongress proklamiertere Konzentration gegen rechte und linke Abweichungen vom Leninismus wird somit durch die Versöhnler eine Konzentration gegen die Rechten (in Worten) und gegen die leninistische Partei, die KPD. (in der Tat) unterschoben.

Es ist klar, daß die KPD. unter den eingetretenen Verhältnissen die Spaltungsarbeit der Rechten weiterhin nicht mehr dulden kann und daß sie von den Versöhnlern den vollständigen Bruch mit den Rechten sowie den konsequenten Kampf gegen sie unter Führung des ZK. der KPD. fordern muß.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen billigt das Präsidium des ERKZ. den Beschluß des ZK. der KPD. vom 14. Dezember über die folgenden Bedingungen, die den Rechten vorgelegt wurden:

a) daß sie die Disziplin der Partei, wie sie durch die Thesen und Statuten der Komintern und KPD. festgelegt sind, ohne Vorbehalte und ohne Einschränkungen anerkennen und einhalten;

b) daß sie ihre vorbehaltlose Zustimmung zum Programm der kommunistischen Internationale in allen seinen Teilen erklären, unter anderem auch zu den Sätzen (Teil 4, Kapitel 2):

„Wenn kein revolutionärer Aufschwung vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesbedürfnissen der Werktätigen, Teillösungen und Teilforderungen

Ausschluß von Walcher und Genossen aus der Partei

Wichtige Beschlüsse des Pol.-Büros

Das Polbüro des ZK. der KPD. nahm in seiner Sitzung vom 21. Dezember Stellung zum Offenen Brief des Präsidiums des ERKZ. über die rechte Gefahr in der KPD., ferner zur Durchführung der von der Plenarsitzung des ZK. am 14. Dezember gefassten Beschlüsse in der Angelegenheit Walcher-Frölich und Genossen, sowie zum Antrag der Bezirksleitung Halle-Merseburg über Genossen Bassümer. Zu allen drei Fragen wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, die wir morgen in vollem Wortlaut veröffentlichen.

Das Pol.-Büro erklärt in einer mit allen Stimmen gegen die des Genossen Ernst Meyer angenommene Resolution seine vorbehaltlose Zustimmung zum Offenen Brief des ERKZ. Genosse Meyer erklärte, daß er seine Stellungnahme zum Brief des ERKZ. in einer besonderen Erklärung niederlegen würde.

Zur Angelegenheit Walcher und Genossen wurde einstimmig (bei Abgabe einer Erklärung des Genossen Meyer) beschlossen, Jakob Walcher, Paul Frölich, August Enderle, Max Schöler, A. Schreiner, Hans Tittel, Alfred Schmidt und Hebein mit sofortiger Wirkung aus der Partei auszuschließen.

An Genossen Bassümer wurden die gleichen Bedingungen gerichtet, wie an Walcher und Gen., die er bis zum 29. Dezember zu beantworten hat

austreten und sie mit den Hauptzielen der kommunistischen Internationale verknüpfen. Hierbei dürfen aber die Parteien nicht solche Uebergangslösungen aufstellen, die das Vorhandensein einer revolutionären Situation zur Voraussetzung haben und in einer anderen Situation zur Lösung des Verwachsendes mit dem System kapitalistischer Organisationen werden (zum Beispiel die Lösung der Produktionskontrolle und Ähnliches);

c) daß sie alle Beschlüsse der Komintern, des VI. Weltkongresses, des IV. KÖZ-Kongresses und die Beschlüsse des ZK. und der Bezirksleitungen der KPD. als bindend anerkennen und sich verpflichten, sie ohne Vorbehalte durchzuführen;

d) daß sie ihre Tätigkeit und ihr Vorgehen durch Fraktionsbildung und Einberufung besonderer Konferenzen und Versammlungen, ihr Auftreten als Referenten und Korrespondenten gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses als ein parteischädliges und parteigerichtendes Verhalten, das nicht mehr mit der Disziplin und den Grundsätzen der Komintern zu vereinbaren ist, verurteilen, und daß sie ausdrücklich erklären, daß sie sich in Zukunft dieser und ähnlicher Handlungen enthalten werden;

e) daß sie anerkennen, daß die Herausgabe eigener Zeitungen, Mitteilungsblätter und die Verbreitung von Flugblättern und Schmähschriften gegen die Partei und gegen die Komintern durch die Fraktion der Rechten und einzelne fraktionell gebundene Genossen mit der Parteidisziplin unvereinbar ist, und daher ausdrücklich erklären, daß sie die Herausgabe solcher gedruckten und vertriebsfähigen Schriften sofort einstellen und auch in Zukunft unterlassen werden sowie alle diejenigen gemeinsam mit der Partei bekämpfen werden, die diese liquidatorischen fraktionellen Methoden fortsetzen;

f) daß sie anerkennen, daß es in einer kommunistischen Partei unzulässig ist, in Gewerkschaftsversammlungen, öffentlichen Versammlungen oder in den von ihnen besonders einberufenen Versammlungen Propaganda gegen die Beschlüsse der Komintern und der Partei, besonders gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses und des IV. KÖZ-Kongresses zu betreiben. Sie erklären ausdrücklich, daß sie sich in Zukunft einer solchen Tätigkeit enthalten werden.

Die Ablehnung dieser Bedingungen muß den sofortigen Ausschluß sämtlicher führenden Elemente der Rechten aus den Reihen der Komintern nach sich ziehen

Das Präsidium des ERKZ. beauftragt das ZK. der KPD. mit der praktischen Durchführung aller Maßnahmen, die zur sofortigen Verwirklichung der vorliegenden Beschlüsse notwendig sind. Brandler und Thalheimer, die Mitglieder der KPSL, sind, wurden von der zentralen Kontrollkommission der KPSL, vorgeladen, um ihre Angelegenheit in ihrem Beisein zu prüfen.

Es ist selbstverständlich, daß, falls diese Genossen sich weigern sollten, zur festgesetzten Frist vor der ZK. der KPSL. zu erscheinen, dies ihren unmittelbaren Ausschluß aus der KPSL. nach sich ziehen wird.

In der Sitzung der Kommission des Präsidiums des ERKZ. (am 8. Dezember 1928) wurde an die Kandidaten des ZK. der KPD., Hausen und Galm, die Forderung gestellt, die Fraktionsarbeit einzustellen, die Herausgabe der Organe „Gegen den Strom“ und „Volksrecht“ einzustellen, die Verbreitung fraktioneller Dokumente aufzugeben und auf die Verteilung der politischen Plattform der Rechten zu verzichten. Sowohl Hausen als auch Galm gingen einer direkten Antwort auf diese Forderungen aus dem Wege und weigerten sich faktisch, sie zu erfüllen, wobei sie die Frage, ob sie die weitere Herausgabe jener Zeitungen einstellen werden, mit „nein“ beantworteten. Auf die weitere Frage, ob sie bereit sind, sich vorbehaltlos und bedingungslos dem Beschluß zu fügen, der in ihrer Angelegenheit vom Präsidium des ERKZ. gefaßt werden wird, antworteten sie ablehnend.

Infolgedessen hat das Präsidium des ERKZ. den

Ausschluß von Hausen und Galm aus der kommunistischen Partei Deutschlands und aus der kommunistischen Internationale beschlossen

Das Präsidium des ERKZ. drückt seine volle Ueberzeugung aus, daß jene Arbeiter, die noch unter dem Einfluß der rechten Führer stehen, sich nicht aus der kommunistischen Partei zur Sozialdemokratie führen lassen und daß sie entschieden mit den Führern der rechten Fraktion brechen werden.

In Anbetracht dessen und in erster Reihe zur weiteren Aktivierung der Parteimassen, zur Verbesserung der Parteiladers und zur Stärkung der Parteiführung, ist es notwendig:

1. Eine breit angelegte systematisch-ideologische Kampagne zur Ueberwindung der opportunistischen Gefahr in der KPD., zur bedingungslosen Sicherstellung der bolschewistischen Parteilichkeit und zur Gewinnung jener Arbeiter, die noch unter dem Einfluß der rechten Fraktion stehen, durchzuführen;

2. einen systematischen Kampf zur Ueberwindung des Versöhnertums gegenüber den Rechten, das den Kampf gegen die Rechten hemmt, zu führen;

3. die innerparteiliche Demokratie durchzuführen und die Selbstkritik zu entfalten, was eine weitgehende Festigung der eisernen innerparteilichen Disziplin nicht ausschließt, sondern zur Voraussetzung hat (siehe politische Thesen des VI. Weltkongresses der Komintern);

4. sämtliche Parteikräfte auf der Basis der Beschlüsse des VI. Weltkongresses und der in diesem Dokument enthaltenen Direktiven des Präsidiums des ERKZ. zu konzentrieren.

Das Präsidium des ERKZ.

Friede auf Erden...

Wir lernen schon den zu Weihnachten fälligen kommunistischen Vorkurs...

Diese Worte hörten wir aus dem Munde eines bekannten Sozialdemokraten...

Sie glauben sehr klug und wichtig zu sein, die Herren Kritiker...

Aber mit Verlaub: mir das Elend der Erwerbslosen auch nur um ein Laubhalm gemildert...

Wie ein neues Völkergemischel aus der Welt geschafft, wenn ihr aber...

Der schreiende Gegensatz zwischen den Riesenvermögen in den Händen weniger Bank- und Trustlöhne...

Die Arbeiter, die zu Weihnachten ihre Groschen zählen, werden anderer Meinung sein...

Die Zeit von den Bürgerblockweihnachten bis zu den Koalitionswihnachten ist nicht umsonst vergangen...

Sieben Monate seit den Wahlen haben den arbeitenden Massen den Wert der Weihnachtsversprechungen der SPD...

Friede auf Erden... Wer welcher Friede? Wir zweifeln gar nicht daran, daß die Ausbeuterklasse gegen einen bestimmten Frieden...

Wir werden diesen Frieden auf Erden und Tod bekämpfen! Über der Völkerruine? Nun, die östigen Phrasen passen schlecht zur Wirklichkeit...

zungen der Bourgeoisie und der Reformisten nicht zu begnügen! Für uns heißt es, alles zu tun, damit dieses Mißtrauen in eine klare Erkenntnis über die Gefahr des Krieges...

Durch Kampf zum Frieden! Jawohl: durch Klassenkampf und Revolution zum Frieden, den nicht Völkerverbund, Locarno-Pakt und Kellogg-Pakt...

Sozialdemokratische Tagesberichte über Hungerkrawalle in der Sowjetunion

Die „Volkswacht“ bringt in ihrer Sonnabendnummer eine „große Sensation“. Auf der ersten Seite finden wir die folgende Ueberschrift: „Hungerkrawalle in Sowjetparadies“...

Das Geschrei der SPD-Presse gegen die Sowjetunion und kommunistische Bewegung, durch das die SPD von ihren fortgeschrittenen Schichten an der deutschen Arbeiterklasse abgerückt wird...

Abbruch der deutsch-russischen Verhandlungen

Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen in Moskau. Moskau, 23. Dezember. Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wurden gestern zum Abbruch gebracht...

Afghanischer Aufstand gelichtet

Moskau, 23. Dezember. Dem letzten Meldebogen aus Kabul zufolge gelang es den Regierungstruppen, die Aufständischen von den Vororten Kabuls zur Gebirgsseite in Richtung auf Kandahar zurückzudrängen...

48 japanische Bergarbeiter tödlich verunglückt

Peking, 23. Dezember. Die japanische Privat-Telegraphen-Agentur Tschong veröffentlicht eine Meldung über ein schweres Grubenunglück in Japan...

Ein Mietenbrand in Neuhort Brandschaden in Höhe von 1 Million Dollar

In dem prachtvollen, noch nicht fertiggestellten Ban der neuen Baptistenkirche, die in der Nähe der Columbia-Universität am River Side Drive errichtet wird, brach in der Nacht ein Brand aus...

an seine Mutter errichtet worden war, von den Feuerwehrleuten nicht mehr erreicht werden konnte...

Die Kirche war mit einem Rohenaufwand von vier Millionen Dollar errichtet worden. In dem Rodefeller-Gebäudeviertel sollte das größte Kodexviertel der Welt untergebracht werden...

So sieht Geberings Schandbruch aus Reinen Pfennig für Akkordarbeiter — Verschlechterung für Zeittöchner — 57-Stunden-Woche

Der Schiedspruch des Reichsinnenministers Seevering im Konflikt in der nordwestdeutschen Eisenindustrie enthält unter anderem folgendes:

Für die Zeit von der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 31. Dezember 1928 regelt sich die Entlohnung nach dem für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 27. Oktober 1928.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1929 erhalten die im reinen Zeittlohn beschäftigten Arbeiter im Alter von über 21 Jahren eine nicht akkordfähige Zulage nach Maßgabe einer besonderen Tabelle...

Für die Altersklassen unter 21 Jahren fast sich die angegebene Zulage nach einer bestimmten Tabelle. Die Akkorde sind so anzurechnen, daß der Durchschnittsarbeiter bei gesteigerter Leistung unter normalen Betriebsverhältnissen

15 Prozent über den Tariflohn der entsprechenden Gruppe hinaus verdienen muß.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1929 wird die Arbeitszeit für alle Arbeiter, die 60 Stunden arbeiten, allgemein auf 57 Stunden die Woche verkürzt.

Mahnregelungen aus Anlaß des Lohntariffs sind unzulässig. Eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses hat nicht stattgefunden.

Der Parlamentarier ist erstmalig am 1. Mai 1930 mit zweimonatiger Frist zum 31. Juni 1930, die in den vorstehenden Bestimmungen getroffene Regelung der 57hne und Arbeitszeit erstmalig am 1. August 1930 mit zweimonatiger Frist zum 30. September 1930 kündbar.

Dein Körper gehört Dir Roman von Victor Margueritta Berlin, Erich-Reich-Verlag

Epis guter Wille, den Sinn des Lebens kennenzulernen, war grenzenlos. Sie war allen Vorkursen zugänglich, aber auch imstande — das hatte sie in den Drangern bewiesen — das auszuscheiden, was sich nicht mit ihrer Vernunft vertrug.

auf das Eiden der Wanduhr und versuchte sich zu konzentrieren)... Ich da ist ja mein Fingerhut unter den Stuhl gerollt. Zu uns komme dein Reich wie im Himmel... Was soll das eigentlich heißen, was ich da herjage?...

Mit Wehwasser läßt sich nichts abwaschen. Niemand kann mit allen Vater und Aue der Welt etwas Geschöhenes ungeschöhen machen. Unsere Taten spinnen den Faden, der unser ganzes Leben ist.

Ein Riesenbankrott in der Tschechoslowakei

21. Prag, 20. Dezember. Die tschechische Sparkasse in Olmütz wurde durch den bisher größten Bankrott in der Slowakei um 114 Millionen Kronen geschädigt.

Der Großgrundbesitzer Boril kaufte im Jahre 1925 in der Slowakei den Großgrundbesitz des Grafen Graf v. Ponnitz, und zahlte dafür die Summe von 84 Millionen Kronen. Der Kauf wurde 1928 grundbuchlich eingetragen. Bereits im Jahre 1928 hatte aber das Bodenamt bei Durchführung der Bodenreform den Besitz beschlagnahmt und ihn 1928 der Militärforstverwaltung, soweit es sich um die Wälder handelte, zur Verfügung gestellt. Boril strengte nun gegen den Militärforst einen Prozeß auf Zahlung von 4 Millionen Kronen mit der Begründung an, daß ihn die Wälder so viel gelohnt hätten. Das Gericht wies dieser Lage seine Forderung mit der Begründung ab, daß er keinen Anspruch auf die Wälder habe, da er von der Beschlagnahme hätte unterrichtet sein müssen. Boril meldete daraufhin Zahlungsunfähigkeit an. Unter den Gläubigern Borils befindet sich noch außer der tschechischen Sparkasse eine Anzahl von Rechtsanwälten, die Forderungen bis zu 200 000 Kronen haben.

Der Wohnungsbau in der UGGR.

450 Millionen Rubel für vergesetzte Häuser

Die „Ekonomschaja Schila“ teilt mit: In der letzten Sitzung des Präsidiums der Staatlichen Planungskommission ist das Wohnungsbauprogramm für das Jahr 1929/30 behandelt worden. Nach diesem Programm werden für den Bau von Wohnungen staatlicher und kommunaler Organe 450 Millionen Rubel verausgabt. Die Zentralbankbank wird in bestimmten Beträgen die Summen verabsorgen, wobei ein beträchtlicher Teil derselben für das erste Quartal von 1929/30 fällt, da die Bauten erst im Herbst 1929 fertiggestellt werden.

Der Zweck dieser ansehnlichen Investitionen im Wohnungsbau bei vergesetzten Sektoren wird 3,5 Millionen Quadratmeter neuer Wohnraum sein. Außerdem werden durch den privaten Wohnungsbau weitere 2,75 Millionen Quadratmeter gewonnen. Dies wird ermöglichen, daß trotz der gesteigerten Zahl der tschechischen Bevölkerung (um 1 100 000 Köpfe) die bisherige Wohnverhältnisse pro Person nicht nur aufrechterhalten, sondern in dem Arbeitersektor diese noch erhöht wird.

Vormarsch der Opposition im Ruhrberaubau

Neun Zahlsteuern neu erobert.

21. Essen, 2. Dezember. Die Opposition im Bergarbeiterverband kann im Ruhrgebiet weitere Erfolge verzeichnen. Außer den bereits gemeldeten Zahlsteuern Dortmund II und Essen-Vorort, die von der Opposition befreit wurden, haben die oppositionellen Kameraden in Schalwed und Bellinghausen die Ortsverwaltung wieder in die Hand bekommen. Auch die Zahlsteuern Raterberg wurde von der Opposition befreit. Bisher sind 32 Zahlsteuern oppositionell befreit worden, darunter 9 Zahlsteuern, die erst in diesem Jahre erobert werden konnten.

Neuer Schiedsspruch für die Werften

Am 21. Dezember wurde im Reichsarbeitsministerium ein neuer Schiedsspruch für die Werften gefällt, der ebenso unannehmbar ist, wie der erste vom Hamburger Schlichter gefällte Spruch. Der neue Schiedsspruch sah 4 Pfg. Lohnverhöhung vor, der neue Schiedsspruch bestimmt, daß der bisher als Ausgleich für die Mehrarbeit bezahlte Stundenlohnzuschlag von 1 Pfg. weggelassen soll und dafür eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. eintreten soll. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit soll 50 Stunden betragen (im ersten Schiedsspruch 51 Stunden), vom 1. November 1929 an 49 Stunden.

Nur die über 48 Stunden hinausgehende Mehrarbeit wird ein Nebenlohnzuschlag von 25 Prozent bezahlt. Die neuen Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen sollen bis zum 30. Juni 1930 gelten. Der „Vorwärts“ schreibt, daß mit diesem Schiedsspruch der seit zwölf Wochen geführte Werftarbeiterstreik beendet werde. Das zeigt, daß die Zirkel der Metallarbeiterverbände die Ansicht hat, den Streik jetzt um jeden Preis abzuwürgen.

Verhärtete Haftmaßnahmen gegen den Genossen Dengler

Wie wir erfahren, ist der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, welcher die Untersuchung gegen den Genossen Dengler mit einem erschrecklichen Ausmaß an Zeugenvernehmungen führt, nunmehr dazu übergegangen, diesem das Lesen von jeglicher Parteiliteratur zu verbieten. Nachdem also der Genosse Dengler weit über ein Vierteljahr in den Kerlern der deutschen Klassenjustiz gefangen gehalten wird, und während dieser Zeit unbeantwundet jede Literatur lesen konnte, sieht sich der Untersuchungsrichter zu einer Maßnahme gezwungen, die eine unerhörte Verschärfung der ungerechtfertigten Haft bedeutet.

Wir erheben an dieser Stelle gegen diese Maßnahmen des Untersuchungsrichters scharfen Protest und fragen an: Wo bleibt die Verschärfung des Majors Müller von der Jalousie? Oder „Glaube“ der Untersuchungsrichter dem Herrn Major seine für uns leeren Ausführliche, daß er nicht weiß, wohin die in seinem Hause gelagerte Munition gekommen ist?

Warum hält man überhaupt den Genossen Dengler in Haft, trotzdem erst kürzlich das örtliche Schöffengericht in einer gleichen Sache, wie man sie bisher unbewiesen dem Genossen Dengler in die Schuhe schieben will, auf einen glatten Freispruch bzw. auf die lächerlich geringe Strafe von 10 Mark erkannt hat? Auch hier handelte es sich um einen einmaligen nationalsozialistischen Feldweibel und einen Querschießer! Und der Herr Major, der selbst den B... von Munition zugegeben hat, ist eben als Offizier über jeden Verdacht erhaben! Denn in beiden Fällen ist das Gericht mit positiver Sicherheit davon überzeugt, daß die Waffen und Munition, die man hier gefunden hat, bestimmt im Interesse der Bourgeoisie angewendet werden sollten.

Unter der Überschrift „Humaner Strafpolizist“ teilte die sozialdemokratische Presse vor einigen Tagen mit, daß der preußische Justizminister für die Weihnachtstage besondere Anordnungen ergehen ließ, nach denen für Zerstreuung der Gefangenen gesorgt werden soll. Insbesondere war Veranstaltung von Weihnachtsfeiern und Verabreichung von Lektüre angeordnet. In der Praxis sieht die „Humanität“ freilich anders aus. Die Weihnachtsfeiern mit Direktor und Strafpolizist sind höchst-rührerliche frömmelnde Veranstaltung, die das Pausenempfinden der Arbeiter beileiden, und die Lektüre besteht in der Ausschmückung der Gefangenenzeitung „Der Leuchtturm“ oder den Traktätschen aus der Anhaltsbibliothek, gefüllt mit jenen erbärmlichen „Hörchen“, in denen das Gute belohnt und das Schlechte bestraft wird. Unter Humanität verstehen die Justizgewaltigen die Verdummung der Gefangenen. Politische Literatur, insbesondere kommunistische, wird gesperrt. So sieht die anbefohlene Humanität des Strafpolizisten in der Praxis aus.

Nur dem Geschäftsmann unser Geld, der es mit unserer Presse hält!

Denkt an die Opfer der Klassenjustiz

Nicht alle sind amnestiert. Gebt für die Weihnachtssammlung der Roten Hilfe

Rundfunk-Programm

Wittwoch, 26. Dez. 9.15: Morgenkonzert. Am Harmonium: S. Weismann. • 11: Evangelische Morgenfeier. Anspriache: Pater Werner-Fredrich. • 12: Mittagskonzert. Trompetenchor 7. • 13: Ritter-Reits. Leitung: Obermusikmeister Ulrich. • 14: Sportarena in der Jahrhunderthalle. Rindfleischwanzig-Stunden-Mannschaftsrennen. • 15: Rittig Seiffert erzählt Weihnachtsgeschichten von Emil Seiffert. • 15.30: Unterem Lannbaum, eine Erzählung von Th. Storm. • 16: Unterhaltungskonzert. • 17: Musikalische Leitung: Marjalet. • 17.30: Br. Janz. • 18: Vokalquintett (Klavier, Curt Feder, Cello). • 18.30: Prof. Dr. Vandsberger: Die Darstellung der Weihnacht in der bildenden Kunst. • 18.55: Glemzig: Besuch aus Velschitz. • 19.00: Unterhaltungsprogramm. • 19.15: Prof. Dr. Mener: Bild in der Zeit. • 20.15: Vollständiges Konzert. Leitung: C. Schmidt-Walden. • 20.30: Die Künste der Welt. • 21: „Die Königslieder“. • 21.30: Cavatine für Streichorchester. • 21.45: Gedichtwettbewerb. • 22: „Hampelbäumchen“. • 22.15: „Santalale“. • 22.30: „Santalale“. • 22.45: „Santalale“. • 23: „Santalale“. • 23.15: „Santalale“. • 23.30: „Santalale“.

Donnerstag, 27. Dez. 16: Bäckerkunde. • 16.30: Komert. • 17: „Santalale“. • 17.30: „Santalale“. • 18: „Santalale“. • 18.30: „Santalale“. • 19: „Santalale“. • 19.30: „Santalale“. • 20: „Santalale“. • 21: „Santalale“. • 22: „Santalale“. • 23: „Santalale“.

Freitag, 28. Dez. 16: Hausfrauenbund. • 16.30: Komert. • 17: „Santalale“. • 17.30: „Santalale“. • 18: „Santalale“. • 18.30: „Santalale“. • 19: „Santalale“. • 19.30: „Santalale“. • 20: „Santalale“. • 21: „Santalale“. • 22: „Santalale“.

Sonntag, 29. Dez. 16: Bäckerkunde. • 16.30: Zu Lee und Tanz. • 17: „Santalale“. • 17.30: „Santalale“. • 18: „Santalale“. • 18.30: „Santalale“. • 19: „Santalale“. • 19.30: „Santalale“. • 20: „Santalale“. • 21: „Santalale“. • 22: „Santalale“.

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, d. 22. 12. bis Sonnabend, d. 29. 12. täglich 20.15 Uhr
Die Dreigroschenoper von Bert Brecht Musik von Kurt Weill
 Montag, d. 24. 12. Geschlossen
 Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend, 15.30 Uhr
 Zu neuen Preisen!
 Fps und Stips auf der Weltreise

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, d. 22. 12. bis Sonnabend, den 29. 12. täglich 20.15 Uhr
 Zum 1. Male
 Einen Jax will er sich machen.
 Fosse mit Gesang von Johann Nestroy
 Montag, d. 24. 12. Geschlossen
 Sonntag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend 15.30 Uhr
 Zu neuen Preisen
 Rumpelstilzchen (Dummi-Dummi)

Verband für Freidenker in u. Feuerbestattung E. V.
 Sitz Berlin
Bezirksgeschäftsstelle für Nieder- u. Oberschlesien
Breslau I. Neue Gasse 14. I. Etg., links
 Fernsprecher 518 48, Postscheckkonto Breslau 937
 Bankkonto Arbeiter-Bank
Bürozeit: Montag bis Freitag 8 — 16 Uhr
Sonntag 8 — 13 Uhr
 Größte Freidenker-Organisation. Eintritt nur nach erfolgtem Kirchenaustritt. Nach dreimonatiger Mitgliedschaft kostenlose Feuerbestattung. Bei Uebertritt aus anderen Organisationen kein Einrittsgeld und keine Wartezeit.
 Das Eintrittsgeld beträgt für alle Altersstufen 60 Pfg.
Die Monatsbeiträge betragen für Personen vom vollendeten 1. bis 18. Lebensjahr (**Gruppe A**) 0 Pfg.
 Nach Vollendung des 18. Lebensjahres müssen die Beiträge nach Gruppe B gezahlt werden, wobei die in Gruppe A geleisteten Beiträge zu einem Drittel angeeignet werden.
 Vom vollendeten 18. bis 50. Lebensjahr (**Gruppe B**) 60 Pfg. auf die Dauer von 20 Jahren.
 Vom vollendeten 50. bis 60. Lebensjahr (**Gruppe C**) 1 — Mk. auf die Dauer von 12 Jahren.
 Ältere Personen zahlen die Durchschnittskosten einer Einzelsicherung in Höhe von 150.— Mk. (**Gruppe E**) Ratenzahlung ist gestattet.
 Eintrittserklärungen und Beiträge nehmen neben der Geschäftsstelle noch folgende Zahlstellen entgegen (Breslau und Umgegend):

Behrend, Breslau, Mariannenstraße 3
Eigenbrod, „ Reuschstraße 28
Flie-e, „ Bärenstraße 18
Giesmann, „ Gröschener Straße 78
Görlich, „ Löschstraße 13
Liwa, „ Hochwaldstraße 14
Mandowsky, „ Margarettenstraße 17, Zigarrengeschäft
Methner, „ Schweidnitzer Strassen 1, Stube 71
Müssig, „ Promnitzstraße 55
Odo, „ Elsternweg 26
Pacne, „ Frankensteiner Straße 65
Peikert, „ Neugörstraße 11
Philipp, „ Kleischkaustraße 20
Seelenmann, „ Huovens rabe 22
Tsch.sche, „ Ryedigerstraße 14
Wund.rlich, „ Blücherstraße 8
Warmath, Cawallen
Schwarz, Di-Lissa, Dyhernfurther Straße 46
Schmitte, Hardieb
Kleinert, Maria-Höfchen
Linke jr., Groß-T-chansch 42
Gremmel, Stadelwitz, Siedlung
Freyer, Brockau, Koomie-straße 5

Breslauer Hallenschwimmbad
 Tel. 56254 — Zwingerstr. 10/12 — Tel. 56254
 Größte und modernste Volks- und Kurbadeanstalt im Osten Deutschlands.
 Schwimmhallen für Herren und Damen / Schwimmbäder und elektr. Heißluft- und Lichtbäder, Wannenbäder mit Eichtennadel-, Schwefel-, Sole- u. sonstig. medizinischen Zusätzen. / Kohlensäure-, Sauerstoff- u. Schaumbäder.
 Modern eingerichtetes Inhalatorium
 Fußpflege / Duschbäder / Massage.
Sämtliche Bäder werden auch an Krankenkassen-Mitglied. abgegeben

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Breslau
 Telefon Nr. 36300
 Dienstag und Donnerstag (nähm. 3 1/2 Uhr)
Die Herzogin von Chicago
 Mittwoch (nähm. 3 1/2 Uhr)
Drei arme kleine Mädel
 abends 9 Uhr
Spatte und ihre Freunde

Stadt-Theater Breslau
 (Opernhaus)
 Montag **Verdächtige**
 1. Feiertag
 Dienstag, 15.30 Uhr
 Nachm.-Vorstellung, zu ermäßig. Preis. (Gr. 2.)
Schnitz im Land
Brüderlein Iem
Die Spielzeugmacher
 Dienstag 19.30 Uhr
Sarmen
 2. Feiertag
 Mittwoch, 15 Uhr
 Nachm.-Vorstellung, zu ermäßig. Preis. (Gr. 3.)
Die Kaiserliche
 Mittwoch, 20 Uhr
 In vollständiger Reinsinstudierung
Die Kaiserliche
 Donnerstag, 20 Uhr
 Abonnement-Veranstaltung Serie E 9
Schwanda, der Dudelsackpfeifer

Veranstaltungsausschuss
C. Heymann
 Bekannungs-Verficherung
 Heberführung
 und Gemeindeführung
 Kaiserstr. 17. Zweiggeschäft Ost-
 Wener Str. 17. — Tel. 58747

Buchdruckerei
 zu bester Anfertigung von Briefbogen, Rechnungen, Preislisten u. Katalogen, Programmen, Einlaßkart., Flugblättern u. Plakaten, Broschüren, Werken aller Art, Zeitschriften u. a. m. in Ein- und Mehrfarbendruck bei niedrig. Preisberechnung
 Spez.: Massen-Auflagen

PEUVAG
 Papier-Erzeugungs- u. Verwertungs-Akt.-Gesellschaft : Berlin
FIL Breslau
 Trebnitzer Straße Nr. 50
 Fernsprech-Anschluß Nr. 28837

Wir empfehlen unsere neuzeitliche und leistungsfähige

Hunger-Weihnachten 1928

Massenarbeitslosigkeit in Schlessien und Oberschlessien

In Niederschlessien 32 000, in Oberschlessien 21 000 Arbeitsuchende mehr als im Vorjahre

Das schlesische Landesarbeitsamt berichtet:

Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlessien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von

143 799 auf 167 650,

um 16,6 Prozent, die der Hauptunterstützungsempfänger von 89 227 auf 106 000, um 19,9 Prozent, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 76 712 auf 94 000, um 22,7 Prozent, in der Krisenunterstützung von 12 515 auf 12 857, um 2,7 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen ging von 1937 auf 1620 zurück. Die Anbrangsziffer stieg von 7423,8 auf 10 348,7, die Arbeitslosenziffer von 19,6 auf 23,6.

In der Provinz Niederschlessien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 102 278 auf 116 045, die der Hauptunterstützungsempfänger

von 67 841 auf 79 827,

und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 56 593 auf 68 270, in der Krisenunterstützung von 11 248 auf 11 557. Die Zahl der offenen Stellen fiel von 1540 auf 1509. Die Anbrangsziffer stieg von 6647,9 auf 8235,9, die Arbeitslosenziffer von 21,5 auf 25,3. Im Vorjahre wurden zur gleichen Zeit 84 828 Arbeitsuchende und 60 835 Hauptunterstützungsempfänger gemeldet.

Im Bezirk des Arbeitsamtes Breslau stieg die Zahl der Arbeitsuchenden

von 44 007 auf 46 679,

die der Hauptunterstützungsempfänger von 26 244 auf 29 769, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 16 877 auf 19 271, in der Krisenunterstützung von 9367 auf 9497. Die Zahl der offenen Stellen fiel von 349 auf 375. Die Anbrangsziffer stieg von 12 604 auf 12 447,7, während die Arbeitslosenziffer von 20,3 auf 20,8 anstieg.

In der Provinz Oberschlessien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden

von 41 421 auf 51 605,

die der Hauptunterstützungsempfänger von 21 386 auf 27 140, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 20 119 auf 25 840, in der Krisenunterstützung von 1267 auf 1300. Die Zahl der offenen Stellen ging von 307 auf 211 zurück. Die Anbrangsziffer stieg von 10 433,5 auf 24 457,3, die Arbeitslosenziffer von 15,5 auf 19,7. Im Vorjahre waren zur gleichen Zeit 30 414 Arbeitsuchende und 19 328 Hauptunterstützungsempfänger gemeldet.

Weihnachten 1928 steht im Zeichen einer wachsenden Welle der Arbeitslosigkeit; nicht nur die Zahlen des schlesischen Landesarbeitsamtes, sondern auch die Reichszahlen beweisen das.

Alle diejenigen, die vor anderthalb Jahren, oder noch Anfang dieses Jahres, zur Zeit der Hochkonjunktur in Deutschland über den kapitalistischen Erfolg der Rationalisierung, der neuen Stabilisierung und Festigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, ihre Widersprüche übersehen oder nur sehr gering eingeschätzt hatten, werden jetzt durch die Sprache der Tatsachen eines anderen belehrt. Gewiss gibt es keineswegs eine Wirtschaftskrise in Deutschland. In dem neuen Monatsbericht der Disconto-Gesellschaft lesen wir z. B.:

„Nachlassende Konjunktur und zunehmende Arbeitslosigkeit... Angesichts der starken, am Welt bedinglichen Depressionskräfte in der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung muß immer wieder die Ruhe und Stetigkeit überraschen, mit der sich der Konjunkturabstieg vollzieht. Dies äußert sich vor allem in der Tatsache, daß Erschütterungen oder auch nur stärkere Störungen in der Zahlungs- und Kreditfähigkeit völlig ausgeblieben sind.“

Der allgemeine Produktionsindex des Statistischen Reichsamtes ist für Oktober d. J. (also vor der Ruhrstörung) gegenüber dem Vorjahre um etwa 8 Prozent geringer, stand aber immer noch um 26,9 Prozent über dem Stande von Mitte 1924 bis 1926. Gegenwärtig ist zweifellos ein etwas stärkerer Rückgang eingetreten. Vor allem ist in zahlreichen Zweigen der Eisenverarbeitenden Industrie die Konjunkturabschwächung und Produktionsrückgang... In einzelnen Zweigen herrschen sogar krisenhafte Erscheinungen vor. Im Gegensatz dazu hält in der Elektroindustrie und in den neuen Zweigen der chemischen Industrie eine ausgesprochen gänzlich konjunktur, im Zusammenhang mit den großen technischen Umstellungen, an. Während in den letzten Monaten die Konjunkturabschwächung die produktionsmittelverarbeitende Industrie stärker als die Konsumgüterverarbeitende Industrie betroffen hatte, wird sicherlich dieses Bild sich in kurzer Zeit wieder umkehren. Der saisonmäßige Aufschwung der Textilindustrie wird nach Abschluß der Weihnachtskonjunktur zu um so größerer, neuer Einschränkung des Inlandsabfahes und Produktionsbeschränkungen führen. Dazu wird ganz besonders die größere Massenarbeitslosigkeit und der neue Lohndruck beitragen.

Die zwangsläufige Folge der neuen Abjagd, der Beendigung der vergangenen „Inlandskonjunktur“, wird eine neue Rationalisierungsoffensive sein. Die Widersprüche der relativen Stabilisierung verschärfen sich. Während einerseits Betriebe und Maschinenanlagen wegen Abjagd stillgelegt werden, wächst der Drang nach neuer Kapitalakkumulation für noch bessere, weitgehendere Abjagungen für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt.

Dabei wird die Konjunkturverschlechterung von dem monopolistischen Trustkapital in einem Umfange abgewälzt, wie es niemals bisher zu vergleichen war. Der Rückgang des Abfahes wird sofort mit organisierter Produktionsbeschränkung und relativ noch größerem Arbeiterabbau beantwortet. Die Monopolpreise werden durchweg hochgehalten, zum Teil gerade auf Grund des Rückganges des Inlandsabfahes noch erhöht, soweit dies durch die Auslandskonjunktur nicht unmöglich gemacht wird. Dadurch wirkt sich aber die Leistung des Abfahes und der Konjunkturabschwächung um so mehr in den Klein- und Mittelunternehmungen aus, die angesichts der scharfen Konkurrenz im Inlande und auf dem Weltmarkt nicht die Möglichkeit haben, den viel drückender gewordenen Monopolwucher in vollem Maße abzumägen. Dieser verschärfte Gegensatz zwischen den Klein-

und Mittelunternehmungen und dem Monopolkapital bedeutet für die Arbeiterchaft aber nicht die geringste Erleichterung; im Gegenteil, die „unabhängigen“ Industrien versuchen in engstem Einvernehmen mit dem monopolistischen Trustkapital um so mehr aus der Arbeiterchaft herauszupressen.

Ein neuer Konjunkturzyklus ist also abgelaufen. Von der Rationalisierungsoffensive 1925/26, über die Hochkonjunktur im Jahre 1927 und Anfang 1928 zu einem neuen Konjunkturabstieg, rapider Zunahme der Massenarbeitslosigkeit.

Der deutsche Kapitalismus steht aber gegenwärtig auf einem weltwärts höheren Niveau als in den Jahren 1925/26. Seine imperialistische Machtstellung ist durch den technischen Fortschritt in den vergangenen Jahren, die weitgehende Erneuerung des Produktionsapparates und gewaltigen monopolistischen Zusammenstößen des Industriekapitals gestiegen. Die verschärfte Kapitalnot soll nicht mehr durch Auslandskredite, sondern durch „innere Kapitalakkumu-

lation“ befriedigt werden. Dazu zwingt allerdings auch die für Auslandsanleihen ungünstigere Lage des Kapitalmarktes in Amerika und England.

Es handelt sich nicht mehr darum, die Voraussetzungen für den Neuaufstieg des Trustkapitals durch Monopolisierung und Kapitalkonzentration zu finden. Es gilt vor allem, in Konkurrenz mit den imperialistischen Mächten die Weltausstellung des deutschen Kapitalismus durch neue gesteigerte Rationalisierung, aber malige Senkung der „Produktionskosten“ zu stärken.

Das deutsche Trustkapital will die Rationalisierung und die Kapitalakkumulation in weitest möglichem Tempo vorwärtsstreben als in den großkapitalistischen Ländern, trotz der hohen Tributzahlungen an das Ausland. Deswegen wird der während der Hochkonjunktur zum Teil ein wenig gelockerte Druck auf die Arbeits- und Lebenslage der Arbeiterchaft wieder gesteigert. Noch größere Arbeitsintensität, noch niedrigere Reallohne und gleichzeitig verstärkter Monopolwucher bei beschleunigtem technischen Fortschritt, dies alles im Interesse erweiterter Kapitalakkumulation, der Festigung der monopolistischen Machtbasis des deutschen Imperialismus. Die Schlassen, die der deutsche Kapitalismus in Genf und Lugano einsteckte, will er auf dem Rücken der deutschen Arbeiter wieder gutmachen.

Schlesisches Arbeiterelend

16-20 Mark Wochenlohn — Frauenarbeit — Pferdefleisch als Lederbissen. Wohnungselend und Tuberkulose — Eine Generation geht zugrunde Aus amtlichen Dokumenten

Breslau, 23. Dezember.

Am 11. d. M. überreichte der Landrat des Kreises Neurode den Mitgliedern des Provinzialausschusses eine Denkschrift über die Notlage dieses Kreises, der wir folgende Angaben entnehmen:

Die Löhne der Bergarbeiterschaft sind die denkbar schlechtesten. Sie sind 10 bis 20 Prozent niedriger als im Waldenburger Gebiet. Der Durchschnittslohn beträgt etwa 16 bis 20 Mark pro Woche.

Er reicht nicht aus, um die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Wenn man berücksichtigt, daß sich gerade unter der Bergarbeiterschaft durchweg starke Familien befinden, kann man sich einen Begriff machen von dem ungeheuren Elend, welches in diesen Kreisen herrscht.

Die Kinder sind fast reiflos unterernährt (müssen in Hunderten von Fällen ohne Frühstück in die Schule gehen)

und besitzen nicht die notwendigste Winterkleidung, um sich gegen die Unbilden des Winters zu schützen. Die Ernährung ist so schlecht und knapp, daß man von einem Leben nach menschlichen Begriffen nicht sprechen kann. Fleischgerichte sind so gut wie ausgeschlossen, da der Verdienst selten dazu reicht, um sich ab und zu etwas Pferdefleisch kaufen zu können.

Die Textilindustrie

leidet ebenfalls sehr unter Abjammangel. Feierschichten müssen häufig eingelegt werden, wodurch der ohnehin geringe Lohn sich noch mehr verringert. Die größte Textilfirma (etwa 1100 Webstühle) hat schon seit vielen Wochen Kurzarbeit (jetzt fünf Tage) eingelegt und wird Anfang Januar 1929 gezwungen sein, nur noch vier Tage in der Woche arbeiten zu lassen. Ein anderes Textilwerk (120 Webstühle) ruhte schon viele Monate und fängt erst jetzt in einem ganz geringen Umfange wieder an zu arbeiten. Auch in den Kreisen der Textilarbeiterschaft ist die Not ungemein groß. Zum überwiegenden Teile arbeiten Frauen; die Kinder wachsen ohne notwendige Aufsicht auf. Von einem Familienleben ist hier bei den zwangsläufigen Verhältnissen keine Rede.

Die Proletarierkrankheit graffiert 20 Prozent der Kinder unterhalb

„Durch die Einwirkung der Kriegs- und Nachkriegszeit haben sich die gesundheitlichen Schäden der Kreisbevölkerung stark vermehrt. Der Volkstörper ist in seiner Generation geschwächt worden. Es bedarf daher zur Wiederherstellung der Volksgesundheit in unserem Kreise eines längeren Zeitraumes als in wirtschaftlich besser gestellten Gegenden unter Anwendung besonderer Heilmassnahmen.“

Besonders hervorzuheben ist hier die Tuberkulose, die schon einen erheblichen Teil unserer Kreisbevölkerung erfaßt hat und sich ständig weiter verbreitet. Ihre schärfste Bekämpfung ist eine der Hauptaufgaben des Kreises. Die Tuberkulose hat reiche Nahrung gefunden in der Unterernährung unserer Jugend und in dem überaus großen Wohnungselend unserer Industriebevölkerung. Seit 1923 hat der Kreis eine voll durchgeführte Schulorganisation und infolgedessen Gelegenheit gehabt, durch Reihenuntersuchungen in den Schulen durch eigene dazu angeleitete Schularzte über die Gesundheitsverhältnisse unseres Nachwuchses eingehende Erhebungen anzustellen. Aus tuberkulösen Familien stammen nicht weniger als 18 bis 20 Prozent der Gesamtschulkinderganzahl.

Die Not im Landeshuter Kreis

Still gungen der Gruben — Au ja. heit in Z g lindustrie Herr Dr. Fiederau hat am 11. d. M. eine Denkschrift über den Landeshuter Kreis verfaßt, in der es heißt: „Im Kreise Landeshut ruht die Wirtschaft auf drei Pfeilern: dem Steinkohlenbergbau, der Textilindustrie und der Landwirtschaft kleiner Gebirgsbauern. Aus drücklichen Gründen befinden sich alle drei Wirtschaftszweige in schwerer Not und Bedrängnis. Der gesamte Osten des Kreises gehört zum Waldenburger Situationsrevier. Die Gemeinde Rothenbach mit ihren 5000 Einwohnern ist zu 98 Prozent bergmännisch. Die Gemeinden Liebersdorf, Gahlen, Wittgendorf, Schwarzwaldbau, Hartau, Forst, Konradswaldbau sind betraut mit Bergarbeitern durchwegs, das heißt die Mehrzahl

bildet. Die Grenze nach dem Waldenburger Kreise ist offen, so daß viele Landeshuter Arbeiter auf Waldenburger Gruben arbeiten. Die Stellungen grenzen aneinander. Die Gruben in der Gegend haben in schwerer Weise das Randgebiet des Kreises Landeshut betroffen. Die „Abendbräute-Grube“ in Rothenbach, wie auch die „Neue Gabe-Gottes-Grube“ in Albenbach sind stillgelegt worden. Dadurch ist hier die Lage der Gemeinden und Einwohner ganz erheblich schwerer als die Lage der Gemeinden und Einwohner im Kerngebiet des Kreises Waldenburg, wo die Gruben weiterarbeiten.

Fast noch schlechter als im Kohlenbergbau geht es in der Textilindustrie

da diese Leinenindustrie ist. Die Textilindustrie im Kreise Landeshut genießt Weltraum. 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen rechnen auf Arbeit darin, es bestehen etwa 30 000 Spindeln und 4700 Webstühle. In dem schweren Stämpfe des Flachses mit der Baumwolle und vor allem mit der Kunstseide ist es so weit gekommen, daß die Betriebe der Leinenindustrie zum größeren Teil stillliegen und zum kleineren Teil beschränkt arbeiten. Es handelt sich hier im Leinenwerk wahrscheinlich

um eine Arbeitsbeschränkung bauernder Art, wie es nach Ausmaß und nach Wirkung ähnliches in Schlessien nicht gibt. So ist der Prozentsatz der Arbeitslosen durchschnittlich im Kreise Landeshut 2,44 Prozent, dagegen im Kreise Waldenburg 1,44 Prozent, im Kreise Gitschberg 0,69 Prozent, im Kreise Liebenbach 0,99 Prozent usw. Kein Kreis Schlessiens ist dazu noch so belastet an Arbeitslosen, die aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausgerechnet und in vorstehenden Zahlen nicht mitgezählt sind. Das Elend in der Textilarbeiterschaft war schon zu früheren Zeiten groß. Die Löhne waren immer niedrig. Zum überwiegenden Teil arbeiten Frauen und die Kinder wachsen ohne die notwendige Aufsicht auf. Ein ordnungsmäßiges Familienleben ist meistens nicht vorhanden. Nirgends finden sich so viele Leute von schlechter Körperlicher Beschaffenheit, von Krüppeln, Tuberkulosekranken, unterernährten Kindern, wie unter der Arbeiterbevölkerung des Kreises Landeshut. Auch jetzt sind die Löhne der Weber ganz erheblich niedriger als die der Bergarbeiter.

4-6 Mark Wochenlohn

Die Handwerker, von denen noch etwa 350 im Kreise Landeshut leben, haben mit der Arbeit ihrer Familienangehörigen ein Einkommen von etwa 4 bis 6 Reichsmark die Woche, was einig-

artig in ganz Deutschland sein dürfte.

Im Waldenburger Kreis steht es nicht viel besser aus. Unsere Statistiken haben das wiederholt bewiesen!

In drei großen Industriezweigen Niederschlessiens schreit das Elend zum Himmel, geht eine Generation buchstäblich körperlich und geistig zugrunde.

Aber die Dividenden steigen! Hungerweihnachten 1928. O du Frühling...

Zwischen Weihnachten und Neujahr Rohdampf schieben

Die Görlitzer Metallindustrie bis zum 2. Januar stillgelegt. (Von unserem Betriebsbeobachter.) In der Zeit vom 24. Dezember bis zum 2. Januar schloßen zwölf Betriebe der Metallindustrie. Fast die gesamte Metallindustrie von Görlitz ist also während dieser Zeit stillgelegt. Damit haben die Metallindustriellen ihren Lohnslaven zum vielgepriesenen „Fest der Liebe“ ein hübsches Weihnachtsgeschenk gemacht. Haben die Massen der Metallarbeiter schon bei den hundsmiserablen Löhnen, die gezahlt werden, einen kühnen Kampf mit der Not zu führen, so geht es jetzt zu Weihnachten, wo die bestgehende Klasse im Überflut schmeißt, den Schwächlichen noch einige Löcher enger schnallen. Einen besondern Dreck bei der Stilllegung hat sich übrigens die Bu m a g, Abteilung Maschinenbau, geleistet. Seit zwei Tagen verläuft dort die Wertleistung durch Ausschlag; zwischen dem 24. Dezember und dem 2. Januar ruht der Betrieb. Der aber „glück“ während dieser Zeit in den Genug der Erwerbslosenunterstützung gelangen, dem können auf Verlangen seine Papiere angehängt werden! Damit drückt sich die Firma um den Stilllegungsantrag bei der Regierung herum und ist in der Lage, die Arbeiter, welche während dieser Ansetzung folgen — wobei noch nicht einmal feststeht, ob sie überhaupt in diesem Falle Unterstützung erhalten, da in ihrer Entlassung auf eigenes Verlangen würde — nicht wieder zu brauchen.

